Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4362

Deutsche Delegation in der Beratenden Versammlung des Europarats

Bericht

über die Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 12. bis 16. Mai 1969 in Straßburg

Die Frühjahrstagung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 12. bis 16. Mai stand im Zeichen des 20jährigen Jubiläums des Europarats. Nachdem in der Vorwoche in London in Anwesenheit der Außenminister der Jahrestag feierlich begangen worden war, verzichtete die Beratende Versammlung auf eine eigene Feierstunde und gab der Tagung ein besonderes Gepräge durch die Einladung bedeutender europäischer Persönlichkeiten; u. a. sprachen die Ministerpräsidenten von Frankreich, Italien und Malta, Couve de Murville, Rumor und Borg Olivier, der deutsche und italienische Außenminister, Brandt und Nenni, zu der Versammlung. Sie hoben die bisherigen Verdienste des Europarats hervor und gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß er auch in Zukunft wichtige Aufgaben zu erfüllen habe.

Im Verlaufe der Tagung wählte die Beratende Versammlung den schweizerischen liberalen Abgeordneten Reverdin zu ihrem neuen Präsidenten und den früheren österreichischen Außenminister Toncic-Sorinj zum Generalsekretär des Europarats.

Die Tagung begann mit einer ausgedehnten Debatte über Kommunalfragen, in der Abg. Flämig (SPD) zwei Berichte über Denkmalspflege im Rahmen der Kommunalpolitik und über Bodenpolitik im Rahmen der Städteplanung vorlegte. Er forderte eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Denkmalspflegern und Städteplanern, die auch in schwierigen Fragen zu einer tragbaren Kompromißlösung kommen könnten, da ja niemand ein Interesse daran haben könnte, historische Baudenkmäler zu zerstören. Der Europarat solle eine Stelle schaffen, bei der die in den verschiedenen Ländern gemachten Erfahrungen ausgewertet werden könnten und die überall um Verständnis für eine vernünftige Denkmalspflege werben solle.

Zur Frage der Bodenpolitik meinte der Redner, daß es besonders schwierig sei, im Europarat allgemeine Richtlinien aufzustellen, da die Rechtsverhältnisse in den einzelnen Staaten oft grundverschieden seien. Immerhin gebe es einige von Fachleuten erarbeitete Prinzipien, die man zur Kenntnis nehmen solle; eine moderne Stadtplanung sei ohne gewisse Eingriffe in die Eigentumsrechte nicht durchführbar, aber hier müßte nach sehr strengen Rechtsgrundsätzen verfahren und jede Grundstücksspekulation unterbunden werden. Eine Reform des Grundstücksrechts sollte man ins Auge fassen.

Zu dem Entwurf einer Europäischen Konvention zur Bekämpfung der Wasserverschmutzung sagte der Redner, sie werde in der Bundesrepublik durchaus begrüßt, man dürfe aber nicht zu hohe Forderungen aufstellen, sonst würden viele Staaten auf die Ratifizierung verzichten müssen.

Am Vormittag des zweiten Sitzungstages kamen die eingeladenen Minister zu Wort; Bundesaußenminister Brandt nannte in seiner Rede vor der Beratenden Versammlung fünf vordringlich zu erledigende Aufgaben in der europäischen Politik: die bessere Ausnutzung der im Europarat geleisteten Arbeit, den weiteren Ausbau der Europäischen Gemeinschaften, die Intensivierung der technologischen Zusammenarbeit, die Überwindung der Krise in der WEU und die Schaffung einer europäischen Friedensordnung. Auf Fragen von Abgeordneten im Anschluß an seine Rede erklärte Minister Brandt, daß die Bundesrepublik sich um die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Ostblockländern und nicht nur mit der Tschechoslowakei bemühe und daß sie am Freundschaftsvertrag mit Frankreich festhalten werde, um der gesamteuropäischen Entwicklung zu dienen. Für die Beseitigung der gegenwärtigen Währungskrise scheine ihm ein

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

von den großen Industrienationen gebildetes Gremium und ein Rat der Bankgouverneure besonders qualifiziert zu sein. Auf eine Frage über das Verhältnis des Westens zur Sowjetunion nach der Invasion in der Tschechoslowakei antwortete der Minister, natürlich sei eine ernste Belastung eingetreten, aber die Kommunikation zwischen West- und Osteuropa dürfe man doch nicht ganz abbrechen. Auf die Frage, wie die Bundesrepublik ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten für Europa nutzbar machen wolle, antwortete der Minister, man mache sich vielleicht etwas übertriebene Vorstellungen von diesen Möglichkeiten, aber selbstverständlich sei die Bundesrepublik immer bereit, sich für die Stärkung der europäischen Gemeinschaft und für die Unterstützung der Entwicklungsländer einzusetzen.

In der Debatte über den Jahresbericht der OECD machte Abg. Dr. Rinderspacher (SPD) darauf aufmerksam, daß darin das Kapitel über Wissenschaft und Technologie besonders knapp ausgefallen sei; das sei nicht die Schuld der OECD, sondern der Regierungen, die es noch nicht fertiggebracht hätten, sich über eine echte und effektive technologische Zusammenarbeit zu verständigen. Es würden zwar viele Vorschläge gemacht und dringliche Forderungen gestellt, aber man halte doch noch vielfach an überholten Strukturen fest.

In einer Aussprache zwischen Mitgliedern des kanadischen Parlaments und Abgeordneten der Versammlung wandte sich Abg. Dr. Serres (CDU/CSU) gegen die Vorstellung, die EWG betreibe eine protektionistische Politik; sie sei durchaus für freien Handel, aber solange sie mit ihren internen Schwierigkeiten noch nicht fertig sei und ihr Verhältnis zur EFTA noch nicht geordnet habe, könnten manche geplanten Handelserleichterungen mit der Dritten Welt nicht voll durchgeführt werden. Ferner sprach er sich für eine multilaterale Absicherung der Risiken für private Kapitalinvestitionen zu den Entwicklungsländern aus. Abg. Dr. Freiherr von Vittinghoff-Schell (CDU/CSU) erkannte an, daß Kanada wegen seiner Agrarexporte in Schwierigkeiten sei, und fragte, was die kanadische Regierung zu tun gedenke, um ihre Weizenüberschüsse zu vermindern.

Abg. Blumenfeld (CDU/CSU) machte darauf aufmerksam, daß in Zukunft für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und Kanada neue Methoden gesucht werden müßten; man könne vor allem an eine größere Spezialisierung und an gemeinsame Projekte kanadischer und europäischer Firmen in Entwicklungsländern denken.

In seiner Rede in der politischen Debatte ging Abg. Blumenfeld (CDU/CSU) auf die Währungssituation ein, die einerseits von einer Vertrauenskrise in einigen Ländern ihren Regierungen gegenüber und andererseits vom Ungleichgewicht der europäischen Währungen gekennzeichnet sei; nur eine einheitliche Konjunktur- und Währungspolitik, größere Währungsdisziplin und gemeinsame Anstrengungen könnten vor einer ausweglosen Krise bewahren. Eine Konferenz der Regierungschefs noch in diesem Jahre sei wünschenswert, vorausgesetzt, daß sie ausreichend vorbereitet werden könne.

Abg. Kahn-Ackermann (SPD) stellte mit Bedauern fest, daß die Zusammenarbeit zwischen der Versammlung und dem Ministerkomitee trotz zahlreicher Ansätze immer noch ungenügend sei und schlug häufigere Fachministerkonferenzen vor. Eine fortschreitende Demokratisierung der Organe aller europäischen Gemeinschaften und eine Stärkung der Funktion ihrer Parlamente sei die Voraussetzung für die Fortentwicklung der europäischen Einigung. Mehr Verantwortlichkeit der Ministerräte den Versammlungen gegenüber und mehr Bereitschaft auch zur finanziellen Unterstützung der Organe, z. B. des Rates für kulturelle Zusammenarbeit müsse erwartet werden, wenn man zu positiven Ergebnissen kommen will.

Abg. Lenze (Attendorn) (CDU/CSU) warnte vor den Folgen neuer nationalistischer Bestrebungen, die sicher nicht zur Erhaltung der freien westlichen Demokratie führen könnten; alle großen Aufgaben in der Wirtschafts- und Währungspolitik ebenso wie in der Verteidigungs- und Forschungspolitik könnten heute nur noch gemeinsam gelöst werden. Gespräche mit dem Osten könnten nur dann von Nutzen sein, wenn der Westen eine gemeinsame Plattform sowohl auf außenpolitischem wie auf sicherheitspolitischem Gebiet gefunden habe. Die Situation im Mittelmeer sei so beunruhigend, daß der Europarat, auch wenn er für Verteidigungsfragen nicht zuständig sei, dieses Problem nicht aus dem Auge verlieren dürfe.

Als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses dankte Abg. Dr. Serres (CDU/CSU) den Rednern und den Mitgliedern seines Ausschusses, daß sie die kritische Währungsfrage mit so viel Verständnis und Objektivität behandelt hätten. Das Währungsproblem könne nicht von einem Lande allein, sondern nur durch europäische Zusammenarbeit gelöst werden.

Abg. Schmidt (Würgendorf) (SPD) setzte im Auftrag seines Ausschusses die Berichterstattung über die Lage in der Tschechoslowakei fort, die sich seit der letzten Tagung merklich verschlechtert habe. Der Europarat habe die Pflicht, die tschechoslowakische Bevölkerung seiner unveränderten Sympathien zu versichern und die Machthaber im Kreml und in Ostberlin wissen zu lassen, daß er ihre Maßnahmen schärfstens verurteile.

In einer Debatte über Nigeria erklärte Abg. Brück (Holz) (SPD), daß er sich nach eigener Erfahrung nicht in der Lage sehe, eindeutig zu sagen, wer die Schuld in diesem Konflikt trage; es sei auch für die Europäer nicht ratsam, wenn sie sich politisch zu sehr engagierten. Natürlich würde die Einstellung der Waffenlieferungen eine Beendigung des Krieges beschleunigen; aber da so viele Seiten daran beteiligt seien, sei kaum zu erwarten, daß alle sich dazu entschlössen.

In den Neuwahlen zu den einzelnen Gremien wurden die deutschen Mitglieder in ihren früheren Ämtern bestätigt:

Abg. Dr. Wahl (CDU/CSU) als Vizepräsident der Beratenden Versammlung, die Abgeordneten Dr. Serres (CDU/CSU) als Präsident des Wirtschaftsausschusses, Kahn-Ackermann (SPD) als Präsident des Kulturausschusses, Dr. Freiherr von Vittinghoff-Schell (CDU/CSU) als Präsident des Landwirtschaftsausschusses und Bauer (Würzburg) (SPD) als Präsident des Geschäftsordnungsausschusses.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt die Abgeordneten Dr. Schulz (Berlin) (SPD) im Politischen Ausschuß, Dr. Wahl (CDU/CSU) im Rechtsausschuß, Dr. Rutschke (FDP) im Wirtschaftsausschuß, Frau Klee (CDU/CSU) im Ausschuß für die europäischen Nichtmitgliedstaaten und Pöhler (SPD) im Flüchtlings- und Bevölkerungsausschuß.

Dr. Serres	**Lenz**
Der Vorsitzende	Der stellv. Vorsitzende